



Biwöchentlicher Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.  
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer  
zweitseitigen Seite in Petitschrift 1½ Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 186. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 21. April 1868.

## Deutschland.

Berlin, 20. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General der Cavallerie Grafen v. Waldersee, Gouverneur von Berlin, das Kreuz und den Stern der Groß-Comtur des königl. Hausordens von Hohenzollern, dem General-Lieutenant z. D. v. Knobelsdorff zu Liegnitz den Stern mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern, und dem kaiserlich österreichischen Rittmeister Orden v. Bechtolsheim im 12. Ulanen-Regiment den königl. Kronen-Orden dritter Klasse verliehen; sowie den Geh. Archiv-Rath und Professor Dr. Niedel hier selbst zum Historiographen der brandenburgischen Geschichte ernannt.

Der Advokat Esch in Trier ist zum Anwalt bei dem hiesigen königlichen Landgerichte ernannt worden.

Berlin, 20. April. [Se. Majestät der König] empfingen gestern um 10 Uhr Se. k. hoh. den Prinzen Adalbert, welcher am Morgen von Kiel aus wieder hier angelangt war; ebenso um 12 Uhr Se. k. hoh. den Prinzen Albrecht (Sohn), von Camenz zurückkehrend. Um 1 Uhr nahmen Se. Majestät die Meldung des Verwesers des Regierungs-Präsidiums in Lauenburg, v. Linzow, entgegen und begaben Allerhöchstlich um 5 Uhr zur Familietafel bei Sr. k. h. dem Prinzen Albrecht.

Heute empfingen Se. Majestät der König die Hofmarschälle Grafen Pückler und Grafen Peyerl, und fanden um 11 Uhr militärische Meldungen statt. Demnächst hatten der Geh. Cabinetsrath v. Mühlner und der Staatsminister Graf Syenitz nach einander Vortrag bei Sr. Majestät.

[Ihre Majestät die Königin] wohnte gestern dem Gottesdienste in der Marienkirche bei. — Das Familiendiner fand bei Sr. k. hoh. dem Prinzen Albrecht statt. — Ihre Majestät die Königin empfing den neuen Vorstand des hiesigen Frauen-Larareth-Vereins.

(St.-Anz.)

[Die Petitions-Commission] trat heute Vormittag zu mehrstündiger Beratung zusammen. Zunächst verlas der Abg. Dr. Blum seinen Bericht über die Petition des Ausschusses der national-liberalen Partei in Leipzig um Erlass eines Gesetzes, betreffend die Schaden-Ansprüche von Privatpersonen bei nicht von ihnen verursachten Unfällen auf Eisenbahnen, Schiffen und Bergwerken gegen die betreffenden Gesellschaften. Demnächst folgte eine längere Diskussion über die Petition des Schuhmachers Stahl zu Goldberg, welcher von Goldberg nach Waren in Medleßberg übergesiedelt war. Petert bestwirkt sich über die ihm vom Rath in Waren verweigerte Aufnahme als Bürger und Schuhmachermeister daselbst, weil er kein Vermögen besitzt; dies sei bemerkbar Petert, eine Verleierung des Bundesfreiheits-Gesetzes und beantragt Abhilfe. Die Commission entschied sich für motivierte Tagesordnung. — Auf den Vortrag des Referenten Dr. Hüffer in Bezug auf die Petition eines Herrn Sternberg um Abchaffung des Judeneides und Einführung einer allgemeinen Eidesform beschloß die Commission die Petition, soweit sie sich auf die Abschaffung des Judeneides bezieht, dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung bei der neuen Gerichtsorganisation zu überweisen. — Der Abg. Wachler berichtete sodann über die Petition des Hrn. Fischer in Breslau, welcher beantragt, daß bei der Beratung der neuen Civilprozeßordnung auch Rechtsanwälte hinzugezogen werden möchten. Die Commission beschloß, die Petition dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung zu empfehlen. — Eine Petition um Bewilligung einer Verfassung für das Fürstentum Ratzeburg wurde auf Antrag des Referenten Abg. Wiggers (Berlin) vertagt, in Bezug der Petition des Erbprächer Bühring zu Schwerin beschloß die Commission auf Antrag des Referenten Abg. Wagner (Altenburg) und des Correferenten Abg. Graf Basswicke Übergang zu einfacher Tagesordnung. Einige andere Petitionen von keinem allgemeinem Interesse wurden durch Tagesordnung ohne Bericht an das Plenum erledigt.

Kiel, 18. April. [Der Prinz Adalbert] inspicierte die beiden heute Morgen hier eingelaufenen Corvetten „Herta“ und „Medusa“, welche neben der Fregatte „Geston“ dem Marine-Depot gegenüber vor Anker gegangen sind.

Dresden, 20. April. [Dänisches.] Der Wiener Correspondent des „Dresdner Journals“ hält trotz des von Paris aus ertheilten Dementis die Nachricht, daß der dänische Kriegsminister in Paris über den Verkauf der Insel St. Troix verhandelt habe, auf das Bestimmteste aufrecht.

Darmstadt, 18. April. [Verwarnung.] Die „Hessischen Volksblätter“, ein Blatt, dem offizielle Beziehungen zugeschrieben wurden und das jedenfalls durch seine Verkämpfung der national-liberalen Partei eine dem Ministerium sehr genehme Stellung innehat, hat neuerdings der „Darmst. Ztg.“ zufolge wegen preußenseidlicher Haltung eine Verwarnung seitens des Ministeriums des Innern erhalten. Die „Darmst. Ztg.“ kündigt diesen Vorgang, der hier Aufsehen erregt, in folgender allerdings ziemlich auffälligen Weise an:

„Den „Hessischen Volksblättern“, welche bekanntlich von gewisser Seite geistlich als offizielles oder doch offizielles Organ des Herrn v. Dalwigk bezeichnet werden, während einem viel verbreiteten Gerüchte zufolge die Gentilbürger dieser Blätter gegenwärtig in Frankfurt a. M. zu suchen sind, mit denen Herr v. Dalwigk doch wahrlässt nichts weniger als etwas Gemeines hat, ist von Seiten des großherzoglichen Ministeriums des Innern wegen ihrer der königl. preußischen Regierung feindlichen Haltung eine ernste Verwarnung ertheilt worden. Nächsten Anlaß zu diesem Schritt gab der in der jüngsten Sonntagsnummer der „Volksblätter“ erschienene Leitartikel: Preußische Prokzesse in Würtemberg. Das großherzogliche Ministerium des Innern erkennt in der fortwährenden Agitation gegen Preußen, einen mit uns im engsten Bundesverhältnisse stehenden Staat, eine Überschreitung der zulässigen Grenzen der Freiheit, welcher erforderlichen Falles mit gerichtlicher Klage zu begegnen wäre. Bei fortgesetzten Invectiven werden weitere Schritte daher den geeigneten Commentar zu den tendenziösen Parteilehren liefern, daß die „Hessischen Volksblätter“ mit dem groß. Ministerpräsidenten in irgend welchem Zusammenhange stehen.“

München, 15. April. [Das Programm der „liberalen Mittelpartei“] (ministerielle Partei), dessen wesentlicher Inhalt bereits telegraphisch gemeldet war, hat folgenden Wortlaut:

„Gegenüber der Organisation, welche sich die Fortschritts- und die ultramontane Partei gegeben haben, erscheint es als Pflicht der liberalen Mittelpartei, auch ihrerseits eine bestimmte Parteiorganisation anzunehmen, um bei Fragen der äußeren Politik und der inneren Verhältnisse Baierns, welche in nächster Zeit zur Entscheidung kommen müssen, mit Entschiedenheit ihre Ansichungen vertreten zu können. Indem die liberale Mittelpartei dies tut, betont sie sich zu folgenden Grundsätzen: Sowohl an der Allianz, als an den Hollvereinsverträgen mit Preußen soll Baiern mit aufrichtiger Loyalität festhalten und an deren Ausbau Anteil nehmen. Eine Reihe gemeinsamer Interessen Deutschlands, wie gemeinsame Civil- und Strafgesetzbgebung, gegenwärtige Volzhilfsbarkeit ritterlicher Urtheile, gemeinsame Münze, Maß und Gewicht, Freiheit und Anderes, können schon in diesem Rahmen ihre Vertheidigung finden, und es ist eine untergeordnete Frage, ob dies durch besondere Verträge oder durch Ausdehnung der Zuständigkeit der Hollvereinsorgane geschiebt, wenn die Vertheidigung nur in geleglicher und naturgemäß sich entwickelnder Weise erfolgt, nicht im Wege unhalbbarer Verhängnis. Das Ausland soll Baiern stets für die Integrität und Ehre Deutschlands zu allen Opfern bereit finden. Wir verwerfen jedes Bestreben, welches auf die Isolierung Baierns oder auf Einmischung fremder Mächte in die Gestaltung Deutschlands abzielt. Der gegenwärtige Zustand Deutschlands kann aber immerhin nur als Übergangsstadium zu einem besseren definiert werden, und als solchen betrachten wir eine die nationalen Interessen

fördernde Einigung Südw. und Norddeutschlands. Eine möglichst innige Allianz mit Österreich wird sodann die nothwendige Ergänzung derselben bilden. Die Förderung freiheitlicher Entwicklung, die Geschichte Deutschlands und die Wahrung der berechtigten Interessen seiner einzelnen Stämme befreien uns der Ausbildung eines centralistischen Einheitsstaates in Deutschland widerstreben und verbieten nach unserer Ansicht den Eintritt Baierns in den norddeutschen Bund, wie er dermalen gestaltet ist: Wir wollen vielmehr auch bei der endlichen Umgestaltung Deutschlands die Selbstständigkeit Baierns so weit erhalten wissen, als hierdurch die Gesamtinteressen nicht geschädigt werden. Für die innere Organisation Baierns halten wir fest an der theils angebauten, theils in Ausführung begriffenen sozialen Reform. Die soziale Gesetzesgebung soll die freie Bewegung jedes Einzelnen in der Entwicklung seiner Tätigkeit sicherstellen und der polizeilichen Einwirkung möglichst entrinnen. Diese Tätigkeit soll unterstützt werden durch ein die allgemeine Bildung erstrebendes, die Gebiete der Kirche und des Staates richtig abgrenzendes Schulgesetz. An dasselbe soll sich die Freiheit der religiösen Überzeugungen, die Unabhängigkeit bürgerlicher und staatsbürglicher Rechte von diesen Überzeugungen anreihen. Vereinfachung aller staatlichen Einrichtungen soll auch zur möglichsten Vereinfachung des Staatshaushaltes und im Vereine mit einer Reduktion der Ausgaben für die beauftragte Macht, sobald sie politischen Zustände Europa's diese gestatten, zur Erhaltung höherer Belastung der Staatsangehörigen und jenem befriedigendem Stand unserer Finanzen führen, dessen sich Bayern vor dem Jahre 1866 erfreue. Zu den anzustrebenden Reformen zählen wir: Umbildung der Reichsratskammer und des Staatsrates; grundsätzliche Durchführung der Verwaltungsgerichte; Aufhebung aller im Staatsorganismus nicht absolut erforderlichen Behörden; Vereinfachung des gesamten Geschäftsganges; Rücknahme auf diese Vereinfachung in allen Theilen der Gesetzesgebung. Die liberale Mittelpartei glaubt, daß unser dermaliges Wahlgesetz zur Abgeordnetenkammer zwar mancher Verbesserungen im Einzelnen fähig ist, daß aber die Grundlagen desselben, allgemeines Stimmrecht aller Steuerzahlernden und mittelbare Wahl, festzuhalten seien. Die Tätigkeit des bestehenden Staatsministeriums auf den seither festgehaltenen Grundzügen wird in der liberalen Mittelpartei eine Stütze finden, diese muß aber dringend verlangen, daß die Solidarität des Ministeriums sich bewähre.“

[Kilian.] Die „Südd. Pr.“ bestätigt die von der „Fr. Ztg.“ gemeldete Ausweisung des Journalisten Herrn Kilian aus Bayern und fügt zur Erläuterung bei, daß der Genannte in Verbindung mit einem anderen bairischen Collegen in verschiedenen Blättern Münchener Correspondenzen veröffentlicht habe, welche die bairische Regierung und Dynastie verunglimpt hätten. Herr Kilian seinerseits hat auf Befragen verichert, die fraglichen Correspondenzen nicht verfaßt zu haben.

Heidelberg, 18. April. [Verurtheilung.] Die Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts hat heute das vorgestern aufgeschobene Urteil über Kaufmann Jacob Lindau, erwählten Abgeordneten zum Zollparlament, gefällt. Die Anklage auf grobe Schmähung und Erregung von Haß und Verachtung und Unzufriedenheit gegen die badische Regierung in dem offenen Sendschreiben an den Staatsminister Dr. Jollz, wodurch das Verbrechen der Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung begangen sei, wurde der Hauptfache nach für begründet erklärt; die Einreden, Lindau sei in der Ausübung seiner Pflicht als Zollparlaments-Abgeordneter gegen das Ministerium aufgetreten, sowie, er sei nicht gegen das Ministerium aufgetreten, sondern habe es lediglich mit der Person des Staatsministers des Innern, Herrn Jollz, zu thun gehabt, wurden zurückgewiesen, und der Beklagte zu einer Festungsstrafe von sechs Wochen, einer Geldstrafe von 50 fl. und in die Ge-richts- und Straferziehungskosten verurtheilt. (Fr. Ztg.)

## Österreich.

Aus Nordösterreich, 17. April. [Zur Lage in Ungarn. — Die Affäre Asztalos. — Klapka gegen eine allgemeine Konvensionsversammlung. — Politische Gerüchte in Galizien. — Russische Journalisten. — Bosnische Denkschrift.] Die Dinge in Ungarn gestalten von Tag zu Tag sich verworckelter und es wäre selbst für die genialste, ehrliche Regierung bei dem politischen Fanatismus des magyarischen Elementes gar nicht abzusehen, wie in dem wüsten, excessiven Treiben jener Demagogengesellschaft ein Kubepunkt zu gewinnen wäre. So hat die bekannte Affäre Asztalos in Telegyháza die Volksmassen und die an ihrer Spitze stehende Separatistenpartei wieder mächtig aufgeregt, und selbstverständlich auch in der Presse großen Lärm verursacht. Wie heute hier angelangte Briefe aus Pest melden, hat dort die Untersuchung gegen Asztalos bereits begonnen. Die Mitglieder der äußersten Linken beabsichtigen für den Fall, daß die Verhaftung Asztalos unberechtigt wäre, eine Beschwerde und eine Petition um die Versetzung des Ministeriums in Arreststand wegen Missbrauchs der Amtsgewalt einzubringen. Vorläufig ist in Telegyháza die Ruhe wieder hergestellt. Wir bemerken noch, daß gegen Asztalos nicht eingeschritten wurde, so lange er nicht politischer Agitator gegen die Regierung gewesen. — In der jüngsten Ausschüttung des Pester Honvedvereines sprach Klapka gegen die Einberufung einer Landes-Honved-Beratung, weil die Parteien zu zugespißt seien, um eine Annäherung zu ermöglichen. Sowohl Perzel wie der Central-Ausschuss mögen aufgefordert werden, ihre Wirksamkeit einzustellen. Dieses wurde zum Beschlüsse erhoben. Die projectierte Österreicher Pester Demokratie nach Telegyháza wurde Angesichts der dort stattgehabten blutigen Volksrechte vertagt. — Aus Galizien hören wir heute, daß dort von Wien her die verschiedenartigsten politischen Gerüchte in Umlauf gesetzt werden. Die Version, Dr. Giszkra beabsichtige Galizien in zwei politische Verwaltungsgemeinde — d. h. in ein polnisches mit dem Sizie in Krakau — und in ein ruthenisches mit dem Sizie in Lemberg — zu teilen, ist heute einer anderen Nachricht gewichen, welche behauptet, Herr v. Beust habe die Absicht, die Republik Krakau wieder herzustellen. Es soll dies eine Demonstration gegen den jüngsten russischen Utaß sein, welcher den letzten Rest der nationalen Selbstständigkeit Congresspolens absorbiert. Ich vermag indeß diese Nachricht um so weniger zu verbürgen, weil bekanntlich der größte Theil der Mittheilungen, die aus polnischen Kreisen über die polnische Frage stammen, auf Halluzinationen beruhen. — Die russischen Journale beschäftigen sich wieder mit Österreich und der orientalischen Frage. So bringen die „Byržewa Wiedomost“ einen bezeichnenden Artikel, worin es unter Anderem heißt: „Bei dem russischen Publikum ist die Überzeugung festgewurzelt, daß die nächste Zukunft die passendste Zeit für die Lösung der orientalischen Frage sei, und Russland befindet sich in einem Verhältnisse, durch welches ihm aus der obigen Lösung nur Vortheil erwachsen könnte. Von allen Seiten hört man Stimmen: Jetzt oder nie! Österreich sei durch innere Wirren und durch die Consequenzen der jüngsten Feldzüge zu gedrückt, als daß es der Türkei ausgiebige Hilfe bieten könnte. — Preußen will die Action der Russen im Orient nicht fören, sobald Russland sich verpflichtet, die Einigung Deutschlands nicht zu hindern. Napoleon ist durch die deutsche und römische Frage gebunden. Sobald er sich in die orientalische Frage mischte, würde

Preußen die französische und Italien die römische Grenze überschreiten. Napoleon müßte also seine Macht theilen und könnte in seiner Kraft getheilt überall den Kürzeren ziehen. Sobald Frankreich sich nicht einschieße, bleibe auch England ruhig. In der That, die Gelegenheit ist günstig und es wäre Thorheit, sie nicht zu benützen. Wir Russen können die orientalische Frage nur provociren, wenn wir des Erfolges sicher sind. Bismarck wird gewiß einen Krieg im Oriente dazu benötigen, um die deutsche Einheit durchzuführen. Napoleon wird Bismarck darin nicht fören; er will jedoch dafür etwas haben und zwar weniger das linke Rheinufer, als z. B. Belgien, ein Stück Italien oder eines der Schweiz. Wie aus Belgrad geschrieben wird, bereitet das bosnische Revolutionscomite ein längeres Schreiben an die österreichische Regierung vor, welches die Lage der Christen in der Türkei schildert und Österreich erucht, die Politik gegenüber dem ungünstlichen Lande zu ändern, dem bosnischen Volke zur Befreiung und Vereinigung mit Serbien behilflich zu sein und die dualistischen Eroberungspläne in Bezug auf Bosnien und die Herzegowina aufzugeben.

## Spanien.

Barcellona, 14. April. [Über die gestrigen Arbeiterunruhen] schreibt man dem Pariser „Temps“ von hier Folgendes: Heute wurde einer bedeutenden Thatsache halber ganz Catalonia in Belagerungszustand erklärt. Gestern sollte zum ersten Male einer der bisher üblichen Feiertage e als solcher ausfallen. Ostermontag wollen, wie Sie das kennen, die Arbeiter bummeln. Die Principale verlangen aber, daß sie in die Fabrik lämen; die Arbeiter gehorchen ungern. Zur Mittagsmahlzeit gerufen, protestierten aber die Arbeiter einer Fabrik; sie wollten nicht arbeiten, da es heute Tag und es eine Sünde sei, an einem solchen zu arbeiten, w e ihnen dies gestern in der Predigt vom Pastor gesagt worden sei. Sie rissen Arbeiter aus andern Fabriken mit sich fort, der Hause schwoll an und zwang die Handlungs-Commiss, ihre Arbeit einzustellen, indem sie teilweise die Verkaufs-Magazine zerstürmten. Die Behörden famen den betreffenden Bürgern, die man gegen ihren Willen am Arbeiten verhindern wollte, nicht zu Hilfe. Die Gendarman weigerten sich, zu Gunsten eines Fabrikanten zu intervenieren, der seine Maschinen fortarbeiten ließ, und sagten zu dem Werksfahrer: „Wenn man Sie zusammenhaut, desto schlimmer.“ Der General-Capitán sagte selbst zu den Meutern, die vor sein Palais kamen: „Ja, Kinder, Ihr habt Recht, es ist heu e Festtag; man muß ihn feiern.“ Am Nachmittage arbeitete Niemand; die Stadt war daher ruhig, und die Theater und Kaffeehäuser stark besucht. Der Civil-Gouverneur riechte eine Proclamation an die Bewohner, wonin er den Vorsäßen wenig Wichtigkeit beilege. Niemand dachte mehr an die ganze Sache, als plötzlich starke Truppen-Abtheilungen aller Waffengattungen auf den Promenade der Rambla erschienen und der General-Capitán Graf Cheste den Belagerungszustand erklären ließ. Alle Welt war aufs höchste erstaunt. Die Ursache der gestrigen Unruhen war nur der Wunsch, Oster feierlich zu begeben, und da ein zweites unterdrücktes Fest, der Quermodo, herannahen, so war es natürlich, daß die Behörden Vorsichtsmaßregeln ergreifen. Doch jedoch Graf Cheste dies zum Vorwand nahm, um den Belagerungszustand wieder zu verhängen, ist kaum begreiflich.“

## Rußland.

# Petersburg. [Der Golos-Artikel. — Das Budget. — Declaration Misutins und Ignatjew.] Aus den Pariser Journalen werden Sie wissen, daß ein Artikel des „Golos“ über die Entmischungfrage, an der Seine allgemeine Aufsehen erregt hat. Daß ich Ihnen über diese Kundgebung des Herrn Krajewski nicht besonders berichtet, darf Sie nicht Wunder nehmen, denn nach des Redacteurs eigener Erklärung ist dieser Artikel, der hier vollständig ignoriert, weder nachgedruckt noch besprochen worden, falsch verstanden und in jeder Beziehung übersehen. Der „Golos“ hat, namentlich wenn er von auswärtiger Politik handelt, mit der Regelung absolut Nichts zu thun, und der Cifer, mit welchem die französischen Journale die Auslassungen dieses Blattes discutirt haben, ist ein durchaus überflüssiger und blinder gewesen. Man braucht nur die Hauptorgane unserer Presse zu lesen, um zu wissen, daß die öffentliche Meinung ausschließlich mit inneren Fragen beschäftigt und daß Alles, was von der „Mosk. Zeit.“ oder dem „Golos“ gegenwärtig über große Politik geschrieben wird, blos als Lückenfüller dient. — Die letzten zehn Tage sind fast ausschließlich der Besprechung des Budgets und der Finanzlage gewidmet gewesen. Mit besonderem Cifer hat die Presse sich angelegen sein lassen, den vom Central-Amt veröffentlichten Bericht über die Rechnungsabrechnung pro 1866 zu besprechen und den Modus der vor zwei Jahren eingeführten neuen Methode der Rechnungsprüfungen zu discutiren. Während die sog. unabhängigen Blätter sich über diesen ziemlich befriedigt aussprachen, scheinen sie von dem Budgetanschlage pro 1868 wenig erbaut zu sein. Der „Golos“ meint die in Aussicht genommene Vergrößerung der Einnahme sei eine Chimaere, denn ein beträchtlicher Theil der Steuer werde des Notstandes wegen gar nicht eingehen, — die russische „St. Petersburger Zeitung“ bezweifelt, daß es ohne große unvorhergesehene Ausgaben nicht abgehen werde und kann nicht begreifen, wie diese gedeckt werden sollen. Bedenkenswerth ist allerdings, daß Herr v. Reutern die restirenden Steuern wie in gewöhnlichen Jahren mit bloßen 4 Millionen Rubel angenommen hat, obgleich es sehr wahrscheinlich ist, daß viele Gouvernements ihre Kopfsteuer vollständig schuldig bleiben werden. Daß die Summe der Ausgaben auf 425,956,804 Rubel veranschlagt ist, das Deficit von 12½ Millionen mit der Summe gedeckt werden soll, welche von der 1866 aufgenommenen anglo-holländischen Anleihe übrig geblieben, wird Ihnen ebenso bekannt sein, wie daß 38 Millionen für Eisenbahnbauten angewiesen sind. — Wie alljährlich sind auch dieses Mal zu Ostern zahlreiche Orden und Avancements gespendet worden — die betreffende, durch zwei dicke Beilagen ergänzte Nummer des „Invaliden“ ist ausschließlich mit den Namen der Belohnten bedeckt. Unter diesen sind auch der Kriegsminister und der General Ignatjew genannt: erster hat das Wladimir-Cordon, letzterer den ursprünglich polnischen Orden vom weißen Adler erhalten. Wenn man aus diesen an Führer der Kriegspartei erhaltenen Auszeichnungen politische Schlussfolgerungen irgend welcher Art ziehen will, so geht man vollständig in die Irre. Leute, die es zu einem höheren Rang gebracht haben und nicht in Ungnade gefallen sind, werden regelmäßig alle zwei Jahre, sobald die Newa ausgeht, belohnt. — Der sonst ziemlich gut unterrichtete hiesige Correspondent der „Index. belge“ hat sich dieses Mal als falscher Prophet bewiesen: weder ist Graf Schwalow an Budsbergs Stelle nach Paris gegangen, noch ist der General Albedinsky zu seinem Nachfolger in der zweiten (geheimen) Abtheilung der kaiserlichen Garde ernannt worden.

\* Bon der polnischen Grenze, 17. April. [Zur Russifizierung. — Geheimes Circular schreiben.] Wie wir einem Privatbrief aus Lublin vom 14. d. entnehmen, geht dort unter den wenigen Beamten polnischer Nationalität, welche in Polen noch in Thätigkeit sind, bereits das Gericht, daß die Petersburger Regierung

einen Termin zu fixiren beabsichtigte, innerhalb dessen noch Gesuche und Zuschriften in polnischer Sprache von den Behörden angenommen würden. Die Correspondenz zwischen den verschiedenen Amtmännern wird schon seit langer Zeit in russischer Sprache geführt, und erst neuerdings ist von dem gegenwärtigen Ministerium des Innern eine Instruction nach Warschau gelangt, welche nur im schriftlichen Verkehr der „ländlichen Gemeinden“ und ihren Zuschriften an die Behörden die polnische Sprache noch duldet. — Aus Wilna berichtet man, der neue Gouverneur in Lithauen, Generalleutnant Alexander Potapow habe an sämtliche Chefs der dortigen politischen Behörden ein geheimes Circular-Schreiben gerichtet, worin für die genaueste Überwachung und Anzeige jeder polnischen Regierung dem betreffenden Denuncianten Orden und Besförderung in Aussicht gestellt werden.

### Schweden.

Stockholm, 12. April. [Über die Veranlassung zur Ministerkrisis] haben zwei der betreffenden in der Sonnabend-Sitzung der ersten Kammer selbst Auskündigungen gegeben. Auf den Wunsch des Abgeordneten General Hazelius, die Sache deutlich beleuchtet zu sehen, falls die Einreichung der Abschiedsgesuche aus politischen Gründen geschehen sei, antwortete zuerst Graf Manderström, daß, nachdem man bei der kürzlich stattgefundenen Abstimmung 45,750 Rdl. vom ordinären zum extraordinären Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten überschrieben und dadurch zu erkennen gegeben hatte, daß man, obwohl vorläufig mit der von ihm selbst vorgeschlagenen Herabsetzung der Ausgabesumme für die auswärtige Repräsentation des Landes zufrieden, dennoch beabsichtigte, die Sache im nächsten Jahre weiter zu treiben, so könne er nicht länger die Leitung dieser Regierungsabteilung beibehalten und müsse die Ausführung der vorliegenden Arbeiten einem Nachfolger überlassen, der entweder besser versteht, das Vertrauen des Reichstages zu gewinnen, oder der die Anschauungen desselben theile. Graf Uggla, der frühere Finanz-Minister, erklärte, daß er, was ihn beträfe, seinen Abschied verlangt habe, weil die Auffassung des Reichstages in Betreff seiner Stellung zur Regierung nicht mit der seinigen übereinstimme; er hätte nur ungern das Finanzportefeuille übernommen und stets gewünscht, in seine frühere Stelle als Amtmann zurückzukehren. Der Grund zum Rücktritt des Kriegsministers sei nicht gerade die verweigerte Bewilligung für ein neues Laboratoriumsgebäude, sondern die Art und Weise, in welcher die Weigerung geschehen. Da während der Verhandlungen über diesen Gegenstand Mittheilungen gegeben wären, von denen er keine Kenntnis hatte, weil dieselben eine später getroffene Veranstaltung berührten (die Benutzung eines der Marine zugehörigen Gebäudes), und da der Minister aus dem Grunde verlangt hatte, die Sache dem Ausschuß zur genaueren Prüfung zurückzustellen und man ihm kurzweg „Nein“ zur Antwort gegeben hatte, so sei das ein vollständiges Misstrauensvotum gewesen. Der Civilminister scheide natürlich wegen der von der zweiten Kammer gegebenen Zustimmung zum dritten Punkt des Nachgegutachtens (enthaltend einen Tadel über sein Verhalten im Staatsrat bei Behandlung der Sache wegen Benutzung der Stockholmer Grundplätze). Indem der Graf also den Besluß der vier Staatsräthe den Vorwürfen des Generals Hazelius gegenüber vertheidigte, wonach sie sich die Herabsetzungen der bewußten Bewilligungen zu nahe genommen hätten, fügte er hinzu, daß das jetzt Geschehene der zweiten Kammer als „ein Momento“ dienen könnte, und daß der Reichstag wohl berechtigt wäre, zu überlegen und zu forschen, aber nicht zu regieren.

Der Stockholmer Correspondent des dänischen „Dagbladet“ schreibt: „Der Rücktritt des Grafen Manderström hatte man erwartet. Schon im vorigen Reichstage erklärte er, seinen Abschied nehmen zu wollen, wenn die Bewilligungen für sein Departement herabgesetzt würden. Der Reichstag, welcher damals glaubte, den Grafen nicht entbehren zu können und nicht wagte, der Meinung des Volkes durch Herbeiführung seines Falles entgegenzutreten, bewilligte die verlangte Summe. Im gegenwärtigen Reichstage hat der Graf unangefordert die beim vorigen Reichstage beabsichtigten Herabsetzungen selbst in Vorschlag gebracht. Das war aber jetzt nicht hinzuhend; der Reichstag verlangte noch eine sinnere Herabsetzung der Bewilligung, und fügte zugleich einen Besluß, demzufolge Schweden in Zukunft an mehreren ausländischen Höfen nicht mehr repräsentiert werden konnte. Hiermit konnte Graf Manderström, Cleve der Talleyrand'schen Schule und noch nicht befreit von den jetzt zurückweichenden Vorstellungen über die Notwendigkeit eines diplomatischen Lagers, sich nicht einverstanden erklären und benutzt daher die Gelegenheit, sich in ein ruhigeres Leben zurückzuziehen.“

### Amerika.

Costa-Rica, 26. Febr. [Preußen und der norddeutsche Bund.] Mit der letzten Post hat die Regierung offizielle Nachricht erhalten über den bereits angekündigten Besuch der Corvette „Augusta“. Wir betrachten dieses frohe Ereignis, als einen Beweis des guten Einvernehmens, in welchem wir mit Preußen und dem norddeutschen Bunde stehen und die dazu beitragen werden, die commercialien und internationalen Beziehungen mit der Republik zu erweitern. Die Regierung, die den noch primitiven Zustand des Hafens Limon sehr bedauert, hat an die Beamten der Küste durch den Gouverneur von Cartago folgenden Befehl erlassen:

„Da die Regierung benachrichtigt ist, daß in diesem oder dem künftigen Monate die Kriegs-Corvette St. Majestät des Königs von Preußen „Augusta“, Capitán Kinderling, bei ihrem Besuch der atlantischen Küste des Continents die Küsten unserer Republik und speziell den Hafen von Limon anlaufen wird, um, wie natürlich, die Wichtigkeit und den Werth zu untersuchen, welche Costa-Rica für die norddeutsche Flotte hat, so wird der Gouverneur von Cartago angewiesen, dem Capitán der „Augusta“ alle nur möglichen Hilfen und Dienste zu erweisen, die derselbe bedarf oder fordert. Außerdem hat ihm der Herr Präsident befohlen, er solle den Capitán der „Augusta“ mit aller schuldigen Achtung einladen, das Innere der Republik zu besuchen und, falls er dieses annimmt, ihm alles nur Mögliche zur Verfügung stellen und zwar auf Kosten der Regierung.“

Wir hoffen, daß der Capitán der „Augusta“ die Einladung annehmen wird, und wenn auch der Weg etwas unbequem, im Innern einen günstigeren Eindruck von Costa-Rica erhalten, als den, welchen augenblicklich noch der Hafen von Limon auf ihn machen kann, dessen Bedeutung die Zukunft zeigen wird, die hoffentlich nicht mehr fern ist. — Laut vertraulicher Mittheilung können wir zugleich die Nachricht bringen, daß das Kanzleramt des norddeutschen Bundes beschlossen hat, einen diplomatischen Vertreter bei den Central-Amerikanischen Staaten zu accreditiren. (N. 3.)

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 21. April. Angelkommen: Se. Durchl. Hans Heinrich XI., Fürst von Pleß, Graf zu Hochberg-Fürstenstein aus Pleß. v. Götterberg, Ober- und Reg.-Command. aus Neisse.

[Bettelei.] In der Zeit von 13. bis 19. d. M. sind hierorts 26 Personen durch Polizei-Beamte wegen Bettelns aufgegriffen und 22 der selben zur Haft gebracht, die übrigen 4 dagegen zu Beiträfung denunciirt worden.

[Sündhaftfall.] Am 18. d. M. Morgens in der 5. Stunde stürzte der 72 Jahr alte frühere Zudersiedler R., beim Herabsteigen aus seiner Wohnung mutmaßlich in Folge eines Steiges hochbelegenen Wohnungsmuthmaßlich in Folge Abgleitens von der Treppe in den Hausschlaf hinab. R. erlitt hierbei so erhebliche Kopfverletzungen, daß er in Folge derselben schon nach Verlauf einer Stunde starb. (Int. Bl.)

[Notizen aus der Provinz.] \* Glogau. Der hies. „Anzeiger“ meldet: Im Laufe der vergangenen Woche circulierte vielfach das Gerücht, daß in der Nähe der Stadt ein Straftauch verübt worden sei. Der Hergang des Vorfallen wird uns in nächster Art mitgetheilt. Am Abend

zweiten Osterfeiertages hörten die von Rauschau kommenden Haushälter Kahl und Arbeiter Hentschel in der Nähe von Lindenhof mehrmals Hilferufe. Sie eilten nach der Stelle, von welcher die Hilferufe gekommen waren, und fanden dafelbst einen Mann, welcher ihnen jammern mittheilte, daß ihm zwei Soldaten die Taschenuhr geraubt hätten. Da Kahl und Hentschel zwei Soldaten auf dem Wege nach der Promenade laufen sahen, beschlossen sie, dieselben zu verfolgen, und gelang es ihnen, dicht vor dem Breslauer Thore dieselben festzunehmen und nach der Wache des Breslauer Thores zu bringen. Dort leugneten die Soldaten die Begehung und behaupteten, keine Uhr bei sich zu haben. Die Wachmannschaften hatten jedoch bemerkt, daß einer der Soldaten in einer Ecke der Wachtstube etwas fallen ließ, worauf nachgesesehen und die geraubte Uhr gefunden wurde. Nun sollten die beiden Soldaten nach der Hauptwache gebracht werden, die einer entsprang jedoch bald vor dem Breslauer Thor; von den Begleitungsposten verfolgt und aufgesperrt, stillzustehen, setzte er seine Flucht fort, bis er an der Ecke der Polnischen Straße ergriffen wurde. Bei dieser Gelegenheit soll er einen Hieb oder Stich mit dem Bajonet erhalten haben, er ist nach dem Garnisonslazareth und der andere Soldat nach dem Untersuchungsarrest gebracht worden.

+ Neisse. Der in Grottkau erscheinende „Ob. Bürgerfreund“ meldet: „Das Kriegsministerium hat den Bau eines bombensicheren Beughauses zu Neisse angeordnet, womit gegenwärtig vorgegangen werden soll.“

Auswärtige amtliche Wasser-Rapporte.

Brieg, 21. April. 6 Uhr früh. Wasserstand am Oberpegel 18 Fuß — Zoll, am Unterpegel 12 Fuß 10 Zoll.

Breslau, 21. April. [Wasserstand.] D.-P. 18 J. 8 Z. U.-P. 7 J. 10 Z.

### Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Turin, 20. April. Der Kronprinz von Preußen ist hier eingetroffen. Derselbe fuhr vom Bahnhofe in einem Hofgalawagen, von den Prinzen Humbert und Amadeus und dem Prinzen von Carignan begleitet, nach dem Königlichen Schloß. In den anderen Wagen befanden sich der preußische Gesandte, Graf Usedom, mehrere Adjutanten des Königs und die Begleitung des Kronprinzen. Der Präfect von Turin und die Mitglieder des Municipalrathes haben sich zur Begrüßung auf das Schloß begeben. Am Bahnhofe und in den Straßen hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, welche den Kronprinzen mit Zurufen begrüßte. (Weitere Ausführung der im Morgenblatt mitgetheilten Depesche.)

Der Prinz Napoleon ist noch nicht eingetroffen.

Turin, 21. April. Der Kronprinz von Preußen ist gestern 4 Uhr Nachmittags eingetroffen und war auf allen Stationen mit lebhaftem Enthusiasmus empfangen worden; vielfach wurden die Rufe: „eviva Prussia und Grazie“ vernommen. In Mailand und Peschiera gaben die Geschütze Salutschüsse; die Gardeescorttille flaggte. Der Prinz besuchte sofort den König, welcher den Besuch unmittelbar erwiederte. Der Prinz bewohnt das Palais Carignan.

Paris, 20. April. Der gesetzgebende Körper trat heute zu einer kurzen Sitzung wieder zusammen. Es wurden verschiedene Regierungsvorlagen übergeben, darunter mehrere auf die Vollendung der Bicameralwege bezügliche. Das Gesetz, betreffend die Herabsetzung der Telegraphietaxe in Frankreich, wurde genehmigt. Nächste Sitzung Mittwoch.

Der russische Gesandte in Berlin, v. Dubril, ist gestern nach einem Abschiedsbesuch beim Marquis v. Moustier wieder abgereist.

London, 20. April. Im Central-Criminal-Gerichtshof begann heute die schwurgerichtliche Verhandlung gegen die wegen Theilnahme am Explosionsattentat zu Clerkenwell in Haft befindlichen Fenier.

(T. B. f. N.)

Dublin, 18. April. Abends. Heute fand, nachdem der Prinz von Wales zum Ritter des St. Patrick-Ordens geschlagen worden war, ein großes Bankett zu seinen Ehren statt. Zu Antwort auf einen ausgebrachten Toast dankte der Prinz dem irischen Volke für den ihm gewordenen herzlichen Empfang und versicherte die Liebe der Königin für Irland. (T. B. f. N.)

Breslauer Börse vom 21. April.] Schlüß-Course. (1 Uhr Nachm.) Russisch Papierbörs 84 bez. u. Br. Österr. Banknoten 87 1/2 — 1/2 bez. u. Br. Schles. Rentenbriefe 91 1/2 bez. Schles. Pfandbriefe 82 1/2 bez. Österr. National-Anleihe 54 1/2 bez. u. Old. Freiburger 118 G. Neisse-Brieger — Oberschlesische Litt. A. und C. 186 1/2 bez. Wilhelmshafen 85 1/2 bez. u. Br. Opel-Varnowitz 76 1/2 Br. Österr. Credit-Mobil-Aktion 80 % Br. Schles. Banknoten 113 bez. u. Old. 1860er Loos 70 % Br. Amerikaner 76 1/2 — Br. Warschau-Wie-nier 58 1/2 — 1/2 bez. u. G. Minerva 36 Br. Baier. Schlesische — 1/2 bez. B.

London, 20. April. Im Central-Criminal-Gerichtshof begann heute die schwurgerichtliche Verhandlung gegen die wegen Theilnahme am Explosionsattentat zu Clerkenwell in Haft befindlichen Fenier.

(T. B. f. N.)

Dublin, 18. April. Abends. Heute fand, nachdem der Prinz von Wales zum Ritter des St. Patrick-Ordens geschlagen worden war, ein großes Bankett zu seinen Ehren statt. Zu Antwort auf einen ausgebrachten Toast dankte der Prinz dem irischen Volke für den ihm gewordenen herzlichen Empfang und versicherte die Liebe der Königin für Irland. (T. B. f. N.)

Breslau, 21. April. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen, weißer 123 — 126 119 109 — 113 Gerte ..... 66 65 61 — 63

do. gelber, 121 — 123 117 108 — 112 Hafer ..... 42 41 39 — 40

Roggen, schles. 86 — 87 85 84 Erbsen ..... 76 — 78 74 70 — 72

do. fremder 83 — 84 82 80 — 81

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Nüssen.

Raps ..... 193 183 173

Winterrüben ..... 183 173 163 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Sommerrüben ..... 170 160 150 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Dotter ..... 164 154 144 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Loco. (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles

19% Br. 18 1/2 Gld.

Offiziell gefündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Körn. — Ctr. Käfer.

Ctr. Käfer. 30.000 Ort. Spiritus. — Ctr. Kartoffeln. — Ctr. Hafer.

Breslauer Börse vom 21. April.] Schlüß-Course. (1 Uhr Nachm.)

Russisch Papierbörs 84 bez. u. Br. Österr. Banknoten 87 1/2 — 1/2 bez. u. Br. Schles. Rentenbriefe 91 1/2 bez. Schles. Pfandbriefe 82 1/2 bez. Österr. National-Anleihe 54 1/2 bez. u. Old. Freiburger 118 G. Neisse-Brieger — Oberschlesische Litt. A. und C. 186 1/2 bez. Wilhelmshafen 85 1/2 bez. u. Br. Opel-Varnowitz 76 1/2 Br. Österr. Credit-Mobil-Aktion 80 % Br. Schles. Banknoten 113 bez. u. Old. 1860er Loos 70 % Br. Amerikaner 36 1/2 bez. B.

Breslau, 21. April. Preise der Cerealien.

Festsetzung der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen, weißer 123 — 126 119 109 — 113 Gerte ..... 66 65 61 — 63

do. gelber, 121 — 123 117 108 — 112 Hafer ..... 42 41 39 — 40

Roggen, schles. 86 — 87 85 84 Erbsen ..... 76 — 78 74 70 — 72

do. fremder 83 — 84 82 80 — 81

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Nüssen.

Raps ..... 193 183 173

Winterrüben ..... 183 173 163 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Sommerrüben ..... 170 160 150 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Dotter ..... 164 154 144 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Loco. (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles

19% Br. 18 1/2 Gld.

Offiziell gefündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Körn. — Ctr. Käfer.

Ctr. Käfer. 30.000 Ort. Spiritus. — Ctr. Kartoffeln. — Ctr. Hafer.

Breslau, 21. April. Preise der Cerealien.

Festsetzung der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen, weißer 123 — 126 119 109 — 113 Gerte ..... 66 65 61 — 63

do. gelber, 121 — 123 117 108 — 112 Hafer ..... 42 41 39 — 40

Roggen, schles. 86 — 87 85 84 Erbsen ..... 76 — 78 74 70 — 72

do. fremder 83 — 84 82 80 — 81

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Nüssen.

Raps ..... 193 183 173

&lt;p